



AMT FÜR JUSTIZ
FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

Datenschutzerklärung betreffend elektronische Vertretung (eVertretung)

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Amt für Justiz

Telefon: +423 236 62 00

E-Mail: evertretung.aju@llv.li

Webseite: <https://www.aju.llv.li>

2. Name und Kontaktdaten Datenschutzbeauftragte

Fachstelle Datenschutz

Regierungskanzlei

Peter-Kaiser-Platz 1, Postfach 684, FL-9490 Vaduz

Telefon: +423 236 73 08

E-Mail: datenschutz@regierung.li

Webseite: www.fds.llv.li

3. Auftragsverarbeiter

Als Auftragsverarbeiter qualifiziert sich das Unternehmen ITSENSE AG. Mit diesem Lieferanten wurde ein Auftragsverarbeitungsvertrag abgeschlossen.

ITSENSE wird nebst der Erstellung der eVertretung entsprechende Wartung und Support Aktivitäten durchführen.

Kontaktdaten:

ITSENSE AG

Bahnhofplatz 3h

CH-5000 Aarau

+41 (0)62 838 21 00

4. Vorgang und Zweck der Datenverarbeitung

Bei der elektronischen Vertretung werden personenbezogene Daten natürlicher Personen im Rahmen der elektronischen Vertretung von Unternehmen oder natürlichen Personen durch diese Personen verarbeitet. Die Verarbeitung beinhaltet folgende Schritte:

1. Verarbeitung zur Registrierung und Erstellung eines Nutzerkontos mittels eID einer natürlichen Person auf der eVertretung
2. Verarbeitung zur Erstellung einer Verbindung/Zuordnung einer natürlichen Person mit einem Unternehmen oder einer weiteren natürlichen Person
3. Verarbeitung der Rolle einer natürlichen Person (Benutzer, Administrator, Verwalter des Unternehmens), Berechtigungen auf zu vertretende Services, Dauer der Vertretung
4. Verarbeitung zur technischen Bereitstellung der eVertretung

Die Registrierung sowie die spätere Anmeldung zur eVertretung erfolgt über die eID der jeweiligen natürlichen Person. Nach Eingabe der eID werden weitere Daten zu dieser Person aus dem zentralen Personenregister (ZPR) zum Zweck der Identifikation durch das System beigezogen und weiterverarbeitet.

Vorgang der Datenverarbeitung:

Erhebung: die natürliche Person registriert sich mittels seiner eID.

Die eVertretung prüft mittels einer Abfrage auf das Zentrale Personenregister gegebenenfalls vorliegende Unternehmen, die mit dieser natürlichen Person assoziiert sind sowie das Vorliegen einer spezifisch geforderten Organfunktion für den jeweiligen Rechtsträger gekoppelt mit einem dafür notwendigen Zeichnungsrecht.

Verfügt der Benutzer über diese Qualifikationen, so wird er als Verwalter des Unternehmens in der eVertretung hinterlegt.

Ansonsten bleibt die eVertretung für persönliche Zwecke als Verwalter der eigenen Vertretungen nutzbar.

Sämtliche Veränderungen (Name, Unternehmung etc.) werden über das zentrale Personenregister gesteuert und von der eVertretung lediglich übernommen. Der Verwalter kann einen oder mehrere Benutzer zur eVertretung einladen, die wiederum die Berechtigungen und Rollen in seinem Namen oder im Namen eines Unternehmens erteilen

können oder aber selbst einzelne oder mehrere eGov-Services (Services der Amtsstellen) nutzen können.

5. Rechtsgrundlagen

Die Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die eVertretung im Unternehmenskontext ergeben sich aus dem Gesetz über den elektronischen Geschäftsverkehr mit Behörden (E-Government-Gesetz; E-GovG). Insbesondere gelten als Rechtsgrundlagen die folgenden Artikel: sind Art. 5, Pflicht zur elektronischen Kommunikation, Art. 6a, Pflicht der Behörden, mit Unternehmen in elektronischer Form zu kommunizieren, Art. 19 elektronisches Identifizierungssystem/ eID-System und Art. 20 E-GovG, die Vertretung im elektronischen Geschäftsverkehr, in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) Datenschutz Grundverordnung (DSGVO), die Verarbeitung personenbezogener Daten für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die in Ausübung öffentlicher Gewalt - hier gemäss E-GovG- erfolgt.

Die Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die eVertretung zwischen Behörden und natürlichen Personen ergeben sich aus dem Gesetz über den elektronischen Geschäftsverkehr mit Behörden (E-Government-Gesetz; E-GovG). Insbesondere gelten als Rechtsgrundlagen die folgenden Artikel: Art. 5 Abs. 2, Pflicht zur Elektronischen Kommunikation in Verbindung mit Art. 4 DSG und mit Art. 6 Abs. 1 Bst. c DSGVO, rechtliche Verpflichtung, oder Bst. e, in Übernahme öffentlicher Gewalt. Eine natürliche Person, die für sich und nicht für ein Unternehmen die eVertretung nutzen möchte unterwirft sich den Vorgaben aus dem eGov-Gesetz und die Behörden unterliegen somit Art. 5 Abs. 2 eGov-G.

6. Betroffene Personen

Vertretungsbefugte Personen eines Unternehmens, z.B. Organe (in der eVertretung als Verwalter bezeichnet), weitere natürliche Personen, die eine Vertretungsbefugnis vom Verwalter direkt bzw. über einen durch ihn Bevollmächtigten erhalten. All diese natürlichen Personen werden im Folgenden Benutzer genannt.

7. Kategorien der verarbeiteten personenbezogenen Daten

Die zu verarbeitenden personenbezogenen Daten werden hier aus Gründen der Übersichtlichkeit im Rahmen der verschiedenen Arbeitsschritte bei der elektronischen Vertretung aufgelistet.

- Registrierung eVertretung

Bei der Registrierung mittels eID eines Benutzers auf in der eVertretung: Vorname, Nachname, Geburtsdatum, PEID, E-Mailadresse. Status eID (gesperrt, gelöscht).

Der Benutzer meldet sich mit seiner eID an. Die Daten Vorname, Nachname, PEID und Geburtsdatum werden anschliessend automatisch aus dem zentralen Personenregister bezogen.

- Zuordnung natürliche Person zu einem Unternehmen

Sofern ein Unternehmenszusammenhang besteht, die Zuordnung und Verbindung eines Benutzers mit einem Unternehmen: handelsrechtliche Vertretungsbefugnisse (Funktion und Zeichnungsrecht).

Diese Daten werden aus dem zentralen Personenregister mit Ursprung Handelsregister bezogen.

- Rollenzuteilung

Die Zuteilung von Rollen und Berechtigungen für das jeweilige Unternehmen / eine andere natürliche Person an einen oder mehrere Benutzer erfolgt durch den Verwalter oder durch eine vom Verwalter berechnigte Person.

Folgende Angaben werden erfasst: Rolle dieses Benutzers (Benutzer, Administrator), Berechtigungen auf zu vertretende Services (lesend, schreibend etc.), Dauer der Vertretung.

- Protokolldaten

Die im System generierten Logdaten, welche im Zusammenhang mit sämtlichen durchgeführten Aktivitäten entstehen, werden ebenfalls erfasst und gespeichert.

8. Ihre Kontaktaufnahme über eine E-Mail oder ein Ticket

Senden Sie uns eine E-Mail oder eine sonstige elektronische Nachricht zur Meldung eines Fehlers oder eines Tickets, werden Ihre Angaben nur für die Bearbeitung der Anfrage und mögliche damit zusammenhängende weitere Fragen gespeichert und nur im Rahmen der Anfrage verwendet.

Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass - vorbehaltlich einer expliziten Vereinbarung und entsprechenden Konfiguration - E-Mails an uns unverschlüsselt gesendet werden. Falls Sie vertrauliche oder sensible Informationen übermitteln wollen, nehmen Sie bitte vorgängig mit uns Kontakt auf, um einen sicheren Weg für diese Datenübermittlung zu organisieren.

9. Empfänger der personenbezogenen Daten, Zugriffsrechte

Die Zugriffsberechtigungen sind auf die notwendigen zur Gewährleistung des Betriebs reduziert. Hier sind spezifisch mit erhöhten Privilegien zu nennen:

- Application Management Amt für Informatik: Administrator seitens AI zur Betreuung der eVertretung
- Administrator Amt für Justiz: Administrator seitens Amtes für Justiz (AJU) zur Betreuung von Unternehmensanliegen bzw. auch zur Behebung etwaiger Fehler.

10. Datenübermittlung in Drittländer, Staaten ausserhalb der EU/dem EWR

Eine Datenübermittlung in Form der Möglichkeit Daten im Rahmen von Supportfällen und Serviceleistungen einsehen zu können, findet lediglich an die Auftragsverarbeiter mit Sitz in der Schweiz statt. Die Schweiz verfügt über einen Angemessenheitsbeschluss der EU.

Eine Datenübermittlung in andere Länder ausserhalb der Europäischen Union findet nicht statt.

11. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Solange das Unternehmen aktiv ist, werden die Daten in der eVertretung verarbeitet.

Organe des jeweiligen Unternehmens werden mit dem zentralen Personenregister regelmässig automatisch synchronisiert. Personenbezogene Daten werden gelöscht, sobald ein Organ nicht mehr für ein Unternehmen tätig ist.

Die Benutzerberechtigungen zur Vertretung werden von Unternehmen selbständig gepflegt und den aktuellen Umständen angepasst.

Wenn ein Unternehmen inaktiv wird (im Handelsregister gelöscht wird, die Gewerbebewilligung entfällt), wird es auch in der eVertretung gelöscht.

Verwendet eine natürliche Person die eVertretung zu privaten Zwecken, werden die Daten gelöscht, sobald sie die Einwilligung zur Verarbeitung zurückzieht.

Eine nach Art. 18 E-GovG ungenutzte eID bewirkt, dass das Benutzerkonto der eVertretung automatisch archiviert und nach spätestens einem Jahr gelöscht wird.

12. Quelle der personenbezogenen Daten

Die Daten werden aus dem zentralen Personenregister und direkt vom Benutzer erhoben.

13. Rechte der betroffenen Personen

Bei der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten stehen Ihnen aus dem Datenschutz verschiedene Rechte zu: Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Datenübertragbarkeit, Widerspruch, Beschwerde gegenüber der Aufsichtsbehörde.

Sie können die Ausübung Ihrer Rechte als formlosen Antrag bzw. Gesuch und ohne Begründung gegenüber dem Verantwortlichen geltend machen. Empfohlen wird jedoch, den Antrag bzw. das Gesuch schriftlich oder in einer sicheren elektronischen Form einzureichen.

13.1 Recht auf Auskunft:

Mit dem Auskunftsrecht nach Art. 15 DSGVO können Sie als betroffene Person von dem für die Datenverarbeitung Verantwortlichen Auskunft darüber verlangen, welche Daten beim Verantwortlichen über Sie gespeichert sind bzw. verarbeitet werden.

Zudem erhalten Sie vom Verantwortlichen ergänzende Informationen, z.B. über die Verarbeitungszwecke, die Herkunft der Daten, soweit diese nicht direkt bei Ihnen erhoben wurden, oder über Empfänger, an die Ihre Daten übermittelt werden.

Durch das Auskunftsrecht werden Sie in die Lage versetzt, den Überblick und damit auch die Kontrolle darüber zu behalten, welche Ihrer personenbezogenen Daten zu welchem Zweck und aufgrund welcher Rechtsgrundlage verarbeitet werden.

13.2 Recht auf Berichtigung

Wenn Sie feststellen, dass Ihre personenbezogenen Daten unrichtig sind, können Sie nach Art. 16 DSGVO deren unverzügliche Berichtigung gegenüber dem Verantwortlichen verlangen. Unverzüglich meint eine nicht- schuldhaftige Verzögerung des Verantwortlichen, das bedeutet, mit einem gewissen Zeitaufwand für die Bearbeitung des Gesuchs muss gerechnet werden.

13.3 Recht auf Löschung

Mit dem Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO können Sie grundsätzlich die unverzügliche Entfernung Ihrer personenbezogenen Daten beim Verantwortlichen verlangen, sofern einer der Gründe aus Art. 17 Abs. 1 a) bis f) vorliegt, z.B. die Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht mehr notwendig sind, die Einwilligung widerrufen wurde, erfolgreicher Widerspruch eingelegt wurde, die Verarbeitung unrechtmässig erfolgte, etc.

Dem Löschungsanspruch können allerdings Ausnahmen entgegenstehen, die in Art. 17 Abs. 3 DSGVO gelistet sind. Regelmässig zu prüfen hat der Verantwortliche, ob gesetzliche Aufbewahrungsfristen oder das Archivgesetz einer Löschung widersprechen.

13.4 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO kann nur unter bestimmten Voraussetzungen geltend gemacht werden, die in den Buchstaben a) bis d) des Artikels gelistet sind. Wenn Sie z.B. die Berichtigung Ihrer falschen Daten verlangen oder Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben, muss die Verarbeitung Ihrer Daten vom Verantwortlichen bis zum Abschluss seiner Prüfung eingeschränkt werden. Weiterhin muss die Verarbeitung eingeschränkt werden, wenn Sie wegen ungerechtfertigter Verarbeitung die Einschränkung ausdrücklich statt einer Löschung verlangen. Auch ist die Verarbeitung einzuschränken, wenn der Verantwortliche Ihre Daten zwar nicht mehr für eigene Zwecke benötigt, Sie diese aber noch für die Verfolgung eigener Ansprüche nutzen möchten.

13.5 Recht auf Datenübertragbarkeit

Haben Sie Ihre Daten dem Verantwortlichen bereitgestellt, können Sie nach Art. 20 DSGVO verlangen, dass Sie diese Daten in einem gängigen maschinenlesbaren Format herausgegeben bekommen. Damit soll Ihnen die eigene Übermittlung zu einem anderen Verantwortlichen erleichtert werden. Das Recht auf Datenübertragbarkeit gilt, wenn die Verarbeitung aufgrund Einwilligung oder Vertrag basiert und mithilfe automatisierter Verfahren erfolgte.

13.6 Recht auf Widerspruch

Art. 21 Abs. 1 DSGVO gewährt Ihnen das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, ausnahmsweise auch gegen eine an sich rechtmässige Datenverarbeitung Widerspruch einzulegen, sofern Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer Daten eine erfolgte Interessenabwägung seitens dem Verantwortlichen ist, dessen Interessen bei der vorgenommenen Abwägung überwogen haben.

13.7 Recht auf Beschwerde

Sofern Sie als von der Datenverarbeitung betroffene Person der Annahme sind, dass eine unrechtmässige Datenverarbeitung vorliegt, können Sie jederzeit Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde einreichen.

14. Beschwerderecht und Kontaktdaten Datenschutz - Aufsichtsbehörde

Die in Liechtenstein zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz ist die Datenschutzstelle mit den Kontaktdaten:

Datenschutzstelle Fürstentum Liechtenstein

Städtle 38

Postfach 684

FL-9490 Vaduz

Telefon: +423 236 60 90

E-Mail: info.dss@llv.li

Webseite: www.datenschutzstelle.li